

Nr. 865

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung

vom 23. März 1998 (Stand 1. Januar 2019)

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 27. Mai 1997¹, *

beschliesst:

1 Allgemeines

§ 1 *Geltungsbereich*

¹ Das Gesetz regelt den Vollzug der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und die Rechtspflege bei Streitigkeiten aus der sozialen Krankenversicherung und den Zusatzversicherungen.

² Für die Kontrolle der obligatorischen Krankenpflegeversicherung im Sinn von Artikel 6 KVG² und für die Prämienverbilligung im Sinn der Artikel 65 f. KVG gilt das Gesetz über die Verbilligung von Prämien der Krankenversicherung (Prämienverbilligungsgesetz) vom 24. Januar 1995³.

³ Für die Finanzierung der stationären Leistungen der Spitäler und Geburtshäuser gilt das Spitalgesetz vom 11. September 2006⁴. *

⁴ Für die Finanzierung der Pflegeleistungen im Sinn von Artikel 25a KVG⁵ gilt das Betreuungs- und Pflegegesetz vom 13. September 2010⁶. *

¹ GR 1997 703

² SR [832.10](#), Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994. Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

³ SRL Nr. [866](#)

⁴ SRL Nr. [800a](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

⁵ SR [832.10](#)

⁶ SRL Nr. [867](#)

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

⁵ Die Voraussetzungen für die Gleichstellung der Ärzte und Ärztinnen mit einer kantonalen Bewilligung zur Führung einer Apotheke mit den zugelassenen Apothekern und Apothekerinnen (Art. 37 Abs. 3 KVG) sind im Gesundheitsgesetz vom 13. September 2005⁷ geregelt. *

2 Vollzug der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

§ 2 *Aufgaben des Kantonsrates*⁸

¹ Der Kantonsrat ist zuständig für

- a. * die Kenntnisnahme von der Planung für eine bedarfsgerechte Spitalversorgung (Art. 39 Abs. 1d und 3 KVG) im Rahmen des Planungsberichtes nach § 3 Absatz 3 des Gesundheitsgesetzes vom 13. September 2005,
- b. die Festsetzung eines Gesamtbetrags für die Finanzierung der Spitäler auf Antrag des Regierungsrates (Art. 51 Abs. 1 KVG).

§ 3 *Aufgaben des Regierungsrates*

¹ Der Regierungsrat ist zuständig für alle Aufgaben, die das KVG und die sich darauf stützenden Erlasse der Kantonsregierung oder dem Kanton zuweisen. Weist das Bundesrecht eine Aufgabe dem Kanton zu, bleibt die Zuständigkeit anderer Vollzugsorgane aufgrund besonderer Bestimmungen vorbehalten.

² Der Regierungsrat ist insbesondere zuständig für

- a. die Erarbeitung einer bedarfsgerechten Spital- und Pflegeheimversorgung (Art. 39 Abs. 1d und 3 KVG),
- b. die Erstellung einer Spital- und Pflegeheimliste (Art. 39 Abs. 1e und 3 KVG),
- c. die Bezeichnung einer Meldestelle für Leistungserbringer, die es ablehnen, Leistungen nach dem KVG zu erbringen (Art. 44 Abs. 2 KVG),
- d. die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Fall des Ausstandes von Leistungserbringern (Art. 45 KVG),
- e. die Genehmigung von Tarifverträgen zwischen Leistungserbringern oder deren Verbänden und Versicherern oder deren Verbänden (Art. 46 Abs. 4 KVG),
- f. die Festsetzung von Tarifen bei Fehlen eines Tarifvertrages zwischen Leistungserbringern oder deren Verbänden und Versicherern oder deren Verbänden (Art. 47 Abs. 1 und 2 KVG),
- g. die Verlängerung eines bestehenden Tarifvertrages zwischen Leistungserbringern oder deren Verbänden und Versicherern oder deren Verbänden (Art. 47 Abs. 3 KVG),

⁷ SRL Nr. [800](#)

⁸ Gemäss Änderung vom 28. April 2008, in Kraft seit dem 1. August 2008 (G 2008 256), wurde die Bezeichnung «Grosser Rat» durch «Kantonsrat» ersetzt.

- h. die Festsetzung eines Rahmentarifs (Art. 48 Abs. 1–3 KVG),
- i. * die Anordnung von Betriebsvergleichen zwischen Spitälern bzw. Pflegeheimen in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat (Art. 49 Abs. 8 und 50 KVG),
- j. * die jährliche Festsetzung des kantonalen Anteils an der Abgeltung der stationären Leistungen der Spitäler und Geburtshäuser (Art. 49a Abs. 2 KVG),
- k. * die Anordnung ausserordentlicher Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung (Art. 54, 55 und 55a KVG),
- l. * die Bezeichnung der zuständigen kantonalen Behörde für die Erteilung von Kostengutsprachen für die Beanspruchung eines nicht auf der kantonalen Spitalliste aufgeführten Spitals oder Geburtshauses aus medizinischen Gründen (Art. 41 Abs. 3 KVG),
- m. * die Bezeichnung der Revisionsstelle, die im Zusammenhang mit ausstehenden Prämien oder Kostenbeteiligungen tätig wird (Art. 64a Abs. 3 KVG)

§ 4 * ...

§ 5 * *Stelle für ausstehende Prämien und Kostenbeteiligungen*

¹ Das Sozialversicherungszentrum des Kantons Luzern führt eine Stelle für ausstehende Prämien und Kostenbeteiligungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. *

² Die Versicherten melden der Stelle die Schuldnerinnen und Schuldner, die von ihnen wegen ausstehender Prämien und Kostenbeteiligungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie Verzugszinsen betrieben werden. Die Stelle orientiert die zuständige Gemeinde über die Meldung.

³ Die Stelle

- a. nimmt die Meldungen der Versicherten über den Gesamtbetrag der Forderungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung entgegen, die zur Ausstellung eines Verlustscheines oder eines gleichwertigen Rechtstitels geführt haben (Art. 64a Abs. 3 KVG),
- b. bezahlt die Forderungen nach Massgabe des Bundesrechts, sofern die vom Regierungsrat bezeichnete Revisionsstelle die Richtigkeit der Daten bestätigt hat (Art. 64a Abs. 3 und 4 KVG),
- c. nimmt die Zahlungen der Versicherten entgegen, die diese von versicherten Personen erhalten haben (Art. 64a Abs. 5 KVG).

⁴ Die Differenz der bezahlten Forderungen gemäss Absatz 3b und der eingegangenen Beträge gemäss Absatz 3c sowie die Verwaltungskosten der Stelle werden je zur Hälfte vom Kanton und von den Gemeinden getragen. Der Anteil der einzelnen Gemeinden berechnet sich nach der mittleren Wohnbevölkerung des Vorjahres gemäss den Erhebungen der Lustat Statistik Luzern.

§ 5a * *Liste säumiger Prämienzahlerinnen und -zahler*

¹ Die Stelle gemäss § 5 Absatz 1 führt eine elektronische Liste, in die obligatorisch versicherte Personen aufgenommen werden, die ihrer Prämienpflicht trotz Betreuung nicht nachkommen. Nicht in der Liste aufgeführt werden dürfen

- a. Personen, die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, wirtschaftliche Sozialhilfe gemäss den §§ 28 Absatz 1 oder 61 Absatz 1 oder Mutterschaftsbeihilfe gemäss den §§ 54 ff. des Sozialhilfegesetzes vom 24. Oktober 1989⁹ beziehen,
- b. Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

² Die zuständige Gemeinde teilt der Stelle aufgrund der Meldung gemäss § 5 Absatz 2 mit, ob die versicherte Person wirtschaftliche Sozialhilfe oder Mutterschaftsbeihilfe im Sinn von § 5a Absatz 1a bezieht. Die Ausgleichskasse Luzern teilt der Stelle mit, ob die versicherte Person Ergänzungsleistungen der AHV/IV bezieht.

³ Die Liste enthält

- a. Name, Vorname und Adresse der versicherten Person,
- b. die AHV-Versichertennummer der versicherten Person,
- c. Name und Adresse des Versicherers sowie dessen Aufsichtsnummer des Bundesamtes für Gesundheit,
- d. den vom Versicherer verfügbaren Leistungsaufschub mit Datum des Beginns.

Die Versicherer geben der Stelle die Daten gemäss den Unterabsätzen a–c im Rahmen der Meldung nach § 5 Absatz 2 bekannt.

⁴ Die Stelle informiert den zuständigen Versicherer und die versicherte Person über den Eintrag in die Liste. Meldet der Versicherer die Aufhebung des Leistungsaufschubs, streicht die Stelle die versicherte Person von der Liste und informiert sie darüber.

⁵ Die Luzerner Gemeinden, die Leistungserbringer nach KVG und der Kanton sind berechtigt, im Einzelfall die in Absatz 3 aufgeführten Daten einer bestimmten Person einzusehen. Die Einsichtnahmen sind zu protokollieren.

⁶ Die Leistungserbringer können ihre Leistungen für versicherte Personen, die auf der Liste aufgeführt sind, auf Notfallbehandlungen beschränken.

⁷ Der Regierungsrat regelt das Nähere zur Liste, insbesondere das Zugriffsrecht, durch Verordnung. Er kann das Einsichtsrecht nach Absatz 5 einschränken und die Einsicht in die Liste für kostenpflichtig erklären.

⁸ Im Übrigen gelten die §§ 15 und 17–20 des Gesetzes über den Schutz von Personendaten (Datenschutzgesetz) vom 2. Juli 1990¹⁰.

⁹ Für die Kosten, die aus der Führung der Liste entstehen, gilt sinngemäss der Kostenteiler gemäss § 5 Absatz 4.

⁹ SRL Nr. [892](#)

¹⁰ SRL Nr. [38](#)

3 Rechtspflege

§ 6* *Kantonales Versicherungsgericht*

¹ Das Kantonsgericht¹¹ beurteilt als kantonales Versicherungsgericht Streitigkeiten der Versicherer unter sich (Art. 87 KVG) oder mit Versicherten oder mit Dritten (Art. 58 Abs. 1 ATSG¹²), welche die obligatorische Krankenpflegeversicherung und die freiwillige Taggeldversicherung betreffen. Es beurteilt ferner Entscheide der zuständigen kantonalen Behörde betreffend die Abgeltung der stationären Leistungen von Spitälern und Geburtshäusern durch den Kanton und betreffend die Bewilligung zur Inanspruchnahme eines nicht auf der kantonalen Spitalliste aufgeführten Spitals aus medizinischen Gründen (Art. 41 Abs. 3 KVG) gemäss § 6c des Spitalgesetzes vom 11. September 2006.

² Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungspflege vom 3. Juli 1972¹³, wobei die Anforderungen von Artikel 61 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG) gewährleistet sein müssen.

§ 7 *Kantonales Schiedsgericht*

¹ Das kantonale Schiedsgericht beurteilt Streitigkeiten zwischen Versicherern und Leistungserbringern, welche die obligatorische Krankenpflegeversicherung und die freiwillige Taggeldversicherung betreffen (Art. 89 Abs. 1 KVG). Es hat seinen Sitz beim Kantonsgericht.

² Es setzt sich zusammen aus

- a. dem Präsidenten oder der Präsidentin: Das Kantonsgericht bezeichnet ihn oder sie unter den Kantonsrichtern und -richterinnen durch Verordnung,
- b. zwei Schiedsrichtern oder Schiedsrichterinnen: Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter oder eine Schiedsrichterin. Bezeichnet eine Partei trotz Mahnung keinen Schiedsrichter und keine Schiedsrichterin, wird er oder sie vom Präsidenten oder der Präsidentin des Kantonsgerichtes aus der Berufs- oder Interessengruppe der betreffenden Partei ausgewählt.

³ Das Kantonsgericht regelt das Verfahren im Rahmen von Artikel 89 Absätze 5 und 6 KVG durch Verordnung.

¹¹ Gemäss Gesetz über die Schaffung des Kantonsgerichtes vom 14. Mai 2012, in Kraft seit dem 1. Juni 2013 (G 2012 189), wurden in den §§ 6 und 7 die Bezeichnungen «Verwaltungsgericht», «kantonales Verwaltungsgericht» und «Verwaltungsrichter» durch «Kantonsgericht» bzw. «Kantonsrichter» ersetzt.

¹² SR [830.1](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

¹³ SRL Nr. [40](#)

§ 8 * *Zivilgerichte*

¹ Die Bezirksgerichte beurteilen Streitigkeiten zwischen Versicherern und Versicherten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung im Sinn von Artikel 2 Absatz 2 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung vom 26. September 2014¹⁴. *

4 Schlussbestimmungen**§ 9** *Aufhebung von Erlassen*

¹ Folgende Erlasse werden aufgehoben:

- a. Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung vom 2. Juli 1968¹⁵,
- b. Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung ausländischer Arbeitnehmer vom 14. Mai 1957¹⁶,
- c. Gesetz über die Versicherung der Betriebsunfälle und die Unfallverhütung in der Landwirtschaft vom 4. Oktober 1955¹⁷.

§ 9a * *Übergangsbestimmung der Änderung vom 7. November 2011*

¹ Die Übernahme von ausstehenden Prämien und Kostenbeteiligungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie von Verzugszinsen und Betreuungskosten, welche bis zum Inkrafttreten der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 19. März 2010¹⁸ fällig geworden sind, richtet sich nach bisherigem Recht.

§ 10 *Inkrafttreten*

¹ Das Gesetz tritt am 1. August 1998 in Kraft. Es unterliegt dem fakultativen Referendum¹⁹.

¹⁴ SR [832.12](#)

¹⁵ G XVII 351 (SRL Nr. 865)

¹⁶ G XV 218 (SRL Nr. 867)

¹⁷ G XV 99 (SRL Nr. 868)

¹⁸ AS 2011 3523. Der Bundesrat setzte die Gesetzesänderung auf den 1. Januar 2012 in Kraft.

¹⁹ Die Referendumsfrist lief am 27. Mai 1998 unbenützt ab (K 1998 1410).

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	23.03.1998	01.08.1998	Erstfassung	K 1998 799 G 1998 125
Ingress	28.04.2008	01.08.2008	geändert	G 2008 256
§ 1 Abs. 3	12.09.2011	01.01.2012	eingefügt	G 2011 290
§ 1 Abs. 4	13.09.2010	01.01.2011	eingefügt	G 2010 276
§ 1 Abs. 4	07.11.2016	01.02.2017	geändert	G 2017-008
§ 1 Abs. 5	07.11.2016	01.02.2017	geändert	G 2017-008
§ 2 Abs. 1, a.	12.09.2011	01.01.2012	geändert	G 2011 290
§ 3 Abs. 2, i.	12.09.2011	01.01.2012	geändert	G 2011 290
§ 3 Abs. 2, j.	12.09.2011	01.01.2012	eingefügt	G 2011 290
§ 3 Abs. 2, k.	12.09.2011	01.01.2012	geändert	G 2011 290
§ 3 Abs. 2, l.	12.09.2011	01.01.2012	eingefügt	G 2011 290
§ 3 Abs. 2, m.	07.11.2011	01.10.2012	eingefügt	G 2012 85
§ 4	12.09.2011	01.01.2012	aufgehoben	G 2011 290
§ 5	07.11.2011	01.10.2012	geändert	G 2012 85
§ 5 Abs. 1	10.09.2018	01.01.2019	geändert	G 2018-066
§ 5a	07.11.2011	01.10.2012	eingefügt	G 2012 85
§ 6	12.09.2011	01.01.2012	geändert	G 2011 290
§ 8	10.05.2010	01.01.2011	geändert	G 2010 129
§ 8 Abs. 1	07.11.2016	01.02.2017	geändert	G 2017-008
§ 9a	07.11.2011	01.10.2012	eingefügt	G 2012 85

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
23.03.1998	01.08.1998	Erlass	Erstfassung	K 1998 799 G 1998 125
28.04.2008	01.08.2008	Ingress	geändert	G 2008 256
10.05.2010	01.01.2011	§ 8	geändert	G 2010 129
13.09.2010	01.01.2011	§ 1 Abs. 4	eingefügt	G 2010 276
12.09.2011	01.01.2012	§ 1 Abs. 3	eingefügt	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 2 Abs. 1, a.	geändert	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 3 Abs. 2, i.	geändert	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 3 Abs. 2, j.	eingefügt	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 3 Abs. 2, k.	geändert	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 3 Abs. 2, l.	eingefügt	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 4	aufgehoben	G 2011 290
12.09.2011	01.01.2012	§ 6	geändert	G 2011 290
07.11.2011	01.10.2012	§ 3 Abs. 2, m.	eingefügt	G 2012 85
07.11.2011	01.10.2012	§ 5	geändert	G 2012 85
07.11.2011	01.10.2012	§ 5a	eingefügt	G 2012 85
07.11.2011	01.10.2012	§ 9a	eingefügt	G 2012 85
07.11.2016	01.02.2017	§ 1 Abs. 4	geändert	G 2017-008
07.11.2016	01.02.2017	§ 1 Abs. 5	geändert	G 2017-008
07.11.2016	01.02.2017	§ 8 Abs. 1	geändert	G 2017-008
10.09.2018	01.01.2019	§ 5 Abs. 1	geändert	G 2018-066